

LEITARTIKEL

Bitte lesen!

VON MARKUS CLAUER

Bildungsministerin Johanna Wanka hat die „Dekade der Alphabetisierung“ ausgerufen. Gut so. In Deutschland leben 7,5 Millionen Bürger, denen es sehr schwerfällt, selbst einfache Sätze zu lesen.

Selten geht ein Text an seinen Adressaten so vorbei wie dieser. Grund? Sie können ihn schlicht nicht lesen. In Deutschland leben rund 7,5 Millionen sogenannte funktionale Analphabeten. Jeder siebte Erwachsene bis 64 Jahre heißt das, rund 150.000 Pfälzer, statistisch betrachtet. 60 Prozent der Betroffenen sind mit der Muttersprache Deutsch geboren. Schon die Entzifferung eines Satzes bedeutet für sie Qualen. 300.000 Bundesbürger können ihren eigenen Namen nicht schreiben. Wie man damit durchkommen kann? Ein Rätsel. In einer komplexen Welt. Fest steht indes, dass auch die Kinder der Betroffenen unter und am Defizit ihrer Eltern leiden.

Analphabetismus ist sozial vererbbar wie die Chancenungleichheit in seinem Windschatten. Bildungsministerin Johanna Wanka hat deshalb diese Woche die „Dekade für Alphabetisierung“ ausgerufen. 180 Millionen Euro werden dafür in zehn Jahren ausgegeben. Eine wichtige Zukunftsinvestition. Unsere Gegenwart allerdings arbeitet dagegen an.

Schon beim Gutenberg-Kongress vor 16 Jahren in Mainz hieß es ja, wir seien auf einem Weg weg von der Schrift. In eine Welt, die wir uns in Bildern zusammenreimen. Oder in Tönen. Inzwischen hat sich unsere digitale Lebenspraxis vom Geschriebenen weitgehend emanzipiert. Viertklässler besitzen Tablets mit Sprachprogramm. Leseverweigerer in den Schulen werden mit dem für Legastheniker gedachten Vehikel des sogenannten Nachteilsausgleichs durchgewinkt. Das heißt, Dispens vom laut Lesen und korrekt Schreiben. Schulabschluss als Analphabet, das ist offensichtlich möglich. Weil keine Zeit bleibt, sich zu kümmern. Und unser Alltag ist ein Entwöhnungsprogramm. Omas sprechen WhatsApp-Nachrichten in Smartphones. Suchanfragen im Netz sind mündliche Diktate: „Siri, buchstabiere Analphabetismus.“ Der Brust lässt sich mit dem Tastsinn erledigen. Mit Hilfe von Fernbedienungen und

Piktogrammen auf Bildschirmen. Auch für das Mitschreiben auf eher wenig text- und denklastigen Demonstrationen ist kein Mensch auf Lesekompetenz angewiesen.

Es ist ein gutes Recht, dass jede und jeder wählen darf, auch ohne Kenntnis von Details und Wahlprogrammen, die nicht als Podcast aufgerufen (!) werden können, „Siri, mach!“ Man muss sich aber auch nicht wundern, was dabei herauskommt.

60 Prozent der Quasianalphabeten sind erwerbstätig. In anspruchsfreien Mini-Jobs mutmaßlich. Analphabet sein bedeutet ja auch – nicht teilhaben. An sozialem Aufstieg. An dem Möglichkeitssinn, den Bücher vermitteln. An der Reichweite eines Romans, der einen über sich selbst hinausführt. In andere Welten. In andere Leben.

Massenhafter Analphabetismus sollte uns alle berühren. Er ist ein Indiz. Und er hat Folgen für jeden.

Manchen Leuten allerdings reicht die Selbstdistanz, die eine Selfie-Stange vermittelt, völlig aus.

„Lesen macht glücklich“, heißt ein Buch des Autors Stefan Bollmann. Zyniker aber sagen, das größte Glück bestünde darin, dumm zu sein und Arbeit zu haben. Rund ein Viertel der Bevölkerung liest nie ein Buch. Ein Viertel liest sehr viel. Manche notgedrungen eben gar nichts. Wie geht das? Die gesellschaftlichen Milieus haben sich – verstärkt durch das Netz, in dem jeder nur sich und seinesgleichen wiederfindet – so verdichtet, dass sie für einander unlesbar geworden sind. Können wir uns das leisten? Auch abseits wirtschaftlicher Implikationen? Nach der Trump-Wahl oder in AfD-Zusammenhängen ist oft von der folgenden kulturellen Entkopplung der Bevölkerungsschichten die Rede. Zu abgehoben, heißt es dann über die Eliten. Zu abgehängt fühlen sich die anderen. Wie im Abseits müssen sich die Analphabeten fühlen? Wie kommen wir uns wieder näher? Die Frage jedenfalls, wie sich das ändern lässt, dass 7,5 Millionen Bürger Fremde bleiben in der Wissensgesellschaft, in der wir angeblich leben, müsste uns alle berühren.

KOMMENTAR

Linke Alternative gesucht

VON STEFAN BRÄNDLE, PARIS

Mit der Ankündigung, sich nicht um eine zweite Amtszeit zu bewerben, gesteht Frankreichs Staatspräsident Hollande ein, dass er gescheitert ist.

Man kann es François Hollande nachfühlen, dass er so lange zögerte: Sein Verzicht auf eine neue Kandidatur enthält das Eingeständnis seines Scheiterns. Das ist menschlich überaus hart für den Vollblutpolitiker – aber im Grunde unausweichlich. Schon jetzt, fünf Monate vor ihrem Ende, gilt seine fünfjährige Amtszeit als gescheitert. Hollande regierte nicht, er lavierte. Damit erzielte er seine eigenen Parteiziele, denen er nach einer linken Wahlkampagne rechte Wirtschaftsrezepte servierte. So beraubte er sich der Unterstützung seiner eigenen Anhänger. Schlimmer noch: Der frühere Sozialistenchef spaltete sein eigenes Lager.

Die konservativen Wähler haben bei der Vorwahl ihrer Partei kürzlich

schon Ex-Präsident Nicolas Sarkozy aufs Altenteil geschickt. Nun wird klar, dass die Franzosen einen kompletten Neuanfang wollen – und dazu eine Staatsführung, die gewillt ist, die Dinge wirklich anzupacken. Das birgt allerdings auch eine Gefahr: Nach der Frustration über die zwei verpfuschten Amtszeiten von Sarkozy und Hollande könnten die Wähler versucht sein, ins andere Extrem – namens Marine Le Pen – zu verfallen.

Mit François Fillon haben sie nun eine Alternative auf der Rechten. Es liegt an der Linken, bis zu den sozialistischen Vorwahlen im Januar die innere Spaltung zu überwinden und ihrerseits eine glaubwürdige Alternative anzubieten. Es geht um Frankreich, es geht um Europa. Diesmal wirklich.

NACHRICHTEN

Taliban-Mitglied in Rheinland-Pfalz festgenommen

Die Bundesanwaltschaft hat in Rheinland-Pfalz einen mutmaßlichen Taliban-Kämpfer festnehmen lassen. Wo genau der 20-Jährige sich aufhielt, hält die oberste deutsche Anklagebehörde geheim. Nach RHEINPFALZ-Informationen soll er aber außerhalb der Pfalz gefasst worden sein. Offiziellen Angaben zufolge gehen die Behörden davon aus, dass der Mann Mitglied der radikal-islamischen „Gotteskrieger“ war. Er stamme aus Afghanistan, sei in sein Heimatland gereist und habe sich dort 2013 den Taliban angeschlossen. Bis 2014 habe er dann auch für sie gegen Sicherheitskräfte gekämpft. Danach ging er wieder nach Deutschland. Die Taliban wollen in Afghanistan einen Gottesstaat errichten. |häm

EU-Ausländer bekommen Sozialhilfe nur eingeschränkt

Aus einem anderen EU-Land nach Deutschland zieht und keine Arbeit hat, soll künftig erst nach fünf Jahren Anspruch auf Sozialhilfe bekommen. Der Bundestag beschloss am späten Donnerstagabend ein von Bundesarbeitsministerin Nahles (SPD) vorgelegtes Gesetz.

Danach sind EU-Ausländer, die in Deutschland nicht arbeiten oder zuvor nie gearbeitet haben, weitgehend von Sozialhilfeleistungen ausgeschlossen. Künftig besteht für sie erst nach fünf Jahren ein Leistungsanspruch gemäß den Sozialgesetzbüchern II und XII, „nach eingetretener Verfestigung des Aufenthalts“, wie es im Gesetz heißt. Bisher steht Zuwanderern ohne Arbeit nach einem halben Jahr Aufenthalt in Deutschland Sozialhilfe zu. Dafür müssen die Kommunen und Landkreise aufkommen. Städte und Gemeinden drängten daher auf eine gesetzliche Neuregelung, die ihre Ausgaben für Sozialleistungen senkt. |epd

Kulturstaatsministerin Grütters neue Berliner CDU-Vorsitzende

Kulturstaatsministerin Monika Grütters steht künftig an der Spitze der Berliner CDU. Auf einem kleinen Parteitag wurde sie gestern Abend mit 81,7 Prozent der Stimmen zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Sie folgt auf Frank Henkel, der nach der schweren Schlappe der CDU bei der Abgeordnetenhauswahl im September seinen Rückzug angekündigt hatte. Die 54-jährige Grütters gilt als enge Vertraute Angela Merkels. |jap



KARIKATUR: BENGEN

„Die Maut: Ein Riesenaufwand für wenige hundert Millionen Euro“

INTERVIEW: Verkehrspolitiker Gustav Herzog über Kosten und Nutzen im Straßenbau

Ein Mammutprojekt hat gestern im Bundestag seine letzte Hürde genommen: der Bundesverkehrswegeplan. Dort steht drin, wie viel Geld in den nächsten 15 Jahren in den Bau und die Erneuerung von Bundesstraßen, Bahngleisen und Wasserwegen fließt. Streit gab es um die Verteilung der Summen bis zuletzt. Winfried Folz befragte dazu den Chef-Verhandler der SPD, den Pfälzer Abgeordneten Gustav Herzog.

Die Grünen sagen, Spitzenpolitiker der großen Koalition werden seltsam oft mit Straßenbau-Projekten beglückt. Beispiele gibt es aus den Wahlkreisen von Ex-Verkehrsminister Peter Ramsauer, Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich (beide CSU), Ex-Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Sind am Ende doch die neutralen Planungskriterien außer Kraft gesetzt worden?

Das ist haarsträubender Unsinn. Für mich ist diese Kritik ein klares Zeichen, dass der Opposition die sachlichen Argumente ausgehen. Erstens gibt es klare wissenschaftliche Kriterien, und zweitens wäre es ja Blödsinn, irgendwelche Ex-Minister zu beschenken, die nichts mehr zu sagen haben. Beispiel Ramsauer: Der ist ja ein ganz „besonderer“ Freund von Verkehrsminister Dobrindt. Die angesprochene Ortsumgehung hat ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von zehn Punkten. Das heißt: Die steht in der absoluten Spitzengruppe notwendiger Projekte.

Aber kurz vor knapp gab es doch noch Änderungen am Bundesverkehrswegeplan?

Der Plan hat ein Volumen von 270 Milliarden Euro. Auf dem Weg zum Kabinettsbeschluss und nun im parlamentarischen Verfahren haben wir rund zwei Milliarden Euro umgeschichtet, zum größten Teil sogar draufgesetzt. Das ist ein verschwindend kleiner Prozentanteil! Und da ist kein Minister oder Ex-Minister besonders bedacht worden.

Sie haben aber vermutlich auch darauf geschaut, dass die Pfalz nicht zu kurz kommt ...

Aber nur mit guten Argumenten. Da ist es von Vorteil, dass man als erfahrener Verkehrspolitiker aus dem Stand heraus vortragen kann, welche Bedeutung die Projekte haben. Alles was wir vorhaben – Stichworte B 48 Imsweiler, Ortsumfahrung Olbrücken und jene zwischen Bad Dürkheim und Grünstadt –, das ist alles dringend notwendig und mit Zahlen und Studien begründet. Das gilt auch für die B 10, Pirmasens-Landau, einschließlich der zweiten Rheinbrücke, und es gilt für den Ausbau der A 61 und der A 6. Die liegen nicht in meinem Wahlkreis, aber es muss ja nicht zum Schaden sein, dass ich aus der Pfalz komme.

Ein neuer Kilometer Autobahn kostet rund zehn Millionen Euro. Ist es nicht gut, wenn die Einnahmen aus der geplanten Pkw-Maut zur Finanzierung

von Autobahn- und unterhalt beitragen?

Bevor ich antworte, gestatten Sie mir einen Blick auf die Lkw-Maut: Ich halte diese für gerechtfertigt, denn sie fängt die außerordentlichen Belastungen der Straßen durch Lkw auf. Wir haben hier Nettoeinnahmen von drei Milliarden Euro. Jetzt wird die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen ausgedehnt, da kommen wir ab 2018 auf rund 5,5 Milliarden. Für die Bundesfernstraßen geben wir rund acht Milliarden aus, davon 6,5 Milliarden für Neu- und Ausbau und Erhalt. Dagegen sind die von Dobrindt erwarteten Einnahmen bei der künftigen Pkw-Maut wenig ertragreich. Das ist von der Größenordnung nur ein kleines Zubrot. Da wird ein Riesenaufwand betrieben für wenige hundert Millionen Euro. Aber: Wir haben es nun einmal im Koalitionsvertrag beschlossen. Und ich bin vertragstreu.

Unterhalt und Erhalt von Autobahnen sollen nach einer Vereinbarung von Bund und Ländern künftig an Private delegiert werden. Am Beispiel Frankreich kann man sehen, dass das durchaus von Vorteil sein kann. Sehen Sie das auch so?

Ich bin ein Gegner der geplanten Bundesfernstraßengesellschaft und bedauere, dass sich Schäuble durchsetzen konnte. Die SPD hat immerhin eine doppelte Privatisierungsbremse einziehen können: Die Straßen bleiben Eigentum des Staates, und die Gesellschaft als solche kann nicht privatisiert werden. Aber: Diese Gesellschaft kann für die Erledigung ihrer Aufgaben Dritte beauftragen. Das ist Privatisierung in einem Randbereich. Ich finde, der Bund braucht das nicht, er kann es genauso gut wie die Privaten, wenn nicht gar besser. In Hessen ist ein Pilotprojekt gestoppt worden – übrigens von einem FDP-Minister –, bei dem die Autobahnmeistereien mit Privatunternehmen im Wettbewerb standen. Es hat sich herausgestellt, dass die staatlichen Autobahnmeistereien günstiger und besser waren als die privaten.



Der SPD-Abgeordnete Gustav Herzog hält die Pfälzer Verkehrsprojekte für gut begründet. ARCHIVFOTO: VIEW

Die Ankunft des Herrn

SCHWARZ-ROT-BUNT: Wie der Bundestag von Adventskalendern geflutet wird

VON WINFRIED FOLZ, BERLIN

Nicht nur Kinder, auch viele Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten erwarten mit Spannung den ersten Dezember. Denn dann dürfen sie die ersten Türchen der eigenartigen Adventskalender öffnen. Jedes Jahr werden die Parlamentsbüros nämlich geflutet von großen und kleinen Weihnachtsgeschenken, mit denen sich Verbände aller Art für die Zusammenarbeit bedanken. Alles im Rahmen der gesetzlich erlaubten Geschenkeregeln, natürlich.

Mitte November trudeln die ersten Postsendungen ein, dann herrscht große Vorfreude in den Büros. Doch Ende November, nachdem die Poststelle nahezu täglich weitere Päckchen ausgeliefert hat, hört man allenthalben ein Seufzen auf den Fluren des Bundestages: So viel Schokolade! Macht das nicht dick? Och jo ...

Wir haben einmal nachgefragt in einem typischen Pfälzer Abgeordne-

tenbüro: Wer sind die großen Adventskalenderschenker? Die nicht repräsentative Liste wird sinnigerweise angeführt vom Auslieferer schlechthin, dem Deutsche-Post-Paketzusteller DHL. Außerdem mit dabei: Die Gütegemeinschaft Stahlschutzplanken e.V. (gibt es wirklich) mit einem dreidimensionalen Kalender in Form eines Lkw. Aus Pappe, natürlich. Nicht aus Stahl. Das agrochemische Unternehmen Bayer Crop-Science wartet mit (Gen-?)Schokolade auf, ebenso das European Leadership Network, eine in London ansässige Non-Profit-Organisation, die sich für eine friedliche, atomwaffenfreie Zukunft einsetzt. Das Netzwerk wünscht ein schönes „Weihnukka“, eine Wortschöpfung aus Weihnachten und dem jüdischen Chanukka-Fest. Hinter den kleinen Türchen warten kleine Schoko-Crispis. Und schließlich wäre da noch die GdW Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz mit einem grandiosen Adventskalender-Klassiker.

Das Berliner RHEINPFALZ-Büro bekommt übrigens keine Adventskalender geschenkt, aber wir wollen uns nicht beschweren – und das ist im buchstäblichen Sinne auch so gemeint. Für alle, die mit Gewichtsproblemen zu kämpfen haben, sei nämlich der Adventskalender des Goethe-Instituts empfohlen. Der tut etwas gegen die Verenglichung der Welt: 24 Prominente erklären an den 24 Tagen ihr deutsches Lieblingswort. „Rhabarbermarmelade“ ist ebenso dabei wie „Purzelbaum“ und „Wirtswarr“.

Gewitzt ist die EU-Polizeibehörde Europol: Mit einem Online-Adventskalender versucht sie Mörder, Terroristen, Drogenbosse und Menschenhändler zu fassen. Hinter 23 Türen stecken Steckbriefe von Europas meistgesuchten Schwerverbrechern. An Heiligabend wird die Verbrecherjagd wohl ausgesetzt. Und dann wäre da noch die blaue Parkscheibe mit 24 Teilstrichen. Aufdruck: „Ankunft des Herrn“. Wer's prosaisch mag.

Hilfe für Aleppo: Deutschland gibt 50 Millionen Euro

DAMASKUS. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat den notleidenden Menschen in der umkämpften syrischen Stadt Aleppo 50 Millionen Euro zusätzlich für Nahrung, Unterkünfte und medizinische Hilfe zugesagt.

Bei einem Kurzbesuch im Libanon rief der SPD-Politiker gestern die Konfliktparteien eindringlich zu Feuerpausen auf, damit dringend benötigte Hilfslieferungen auch in die eingeschlossene Gebiete gelangen könnten. In den vergangenen Tagen ist die syrische Armee immer weiter in die von den Rebellen gehaltenen Stadtviertel im Osten der geteilten Metro-pole eingedrungen und hat mehr als ein Drittel der Rebellengebiete zurückerobert. Die Stadt gilt als eine der am stärksten umkämpften Orte im syrischen Krieg.

Russland hat von den UN eine umgehende Verteilung von Hilfsgütern gefordert.

Zehntausende Menschen sind zuletzt nach UN-Angaben vor den Kämpfen aus dem Osten in andere Viertel geflohen. Aber auch in West-Aleppo seien schätzungsweise 400.000 Menschen aus ihren Häusern vertrieben worden. Die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete gestern von heftigen Kämpfen in der Stadt.

Die Vereinten Nationen haben Vorwürfe Russlands zurückgewiesen, die Bevölkerung im syrischen Aleppo nicht schnell genug mit Hilfsgütern zu versorgen. Für die von Russland angebotenen Hilfskorridore gebe es bislang noch nicht die nötigen Sicherheitsgarantien, sagte ein Sprecher des UN-Nothilfebüros (OCHA) gestern in Genf. Die Hilfsgüter stünden bereit und könnten binnen einer Stunde in Ost-Aleppo sein. Ein Sprecher des russischen Militärs hatte den UN Zögerlichkeit vorgeworfen und eine umgehende Verteilung von Hilfsgütern gefordert. |dpa/epd

Frankreich: Verzicht Hollandes begrüßt

PARIS. Eine große Mehrheit der Franzosen begrüßt die Entscheidung von Staatschef Hollande, nicht für eine zweite Amtszeit zu kandidieren. Laut einer gestern veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Harris Interactive heißen 82 Prozent der Befragten diesen Schritt gut. Hollande hatte am Donnerstagabend verkündet, bei der Präsidentschaftswahl 2017 nicht zur Wiederwahl anzutreten. Jetzt richten sich alle Blicke auf Premierminister Valls: Der 54-Jährige dürfte schon bald eine Kandidatur für die Präsidentschaftsvorwahl der Sozialisten im Januar verkünden. |jap

KOMMENTAR

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: RHEINPFALZ Verlag und Druckerei GmbH & Co. KG, Amtsstr. 5-11, 67059 Ludwigshafen, Postfach 21 11 47, 67011 Ludwigshafen
Druck: Oggersheimer Druckzentrum GmbH, Flomersheimer Str. 2-4, 67071 Ludwigshafen
Servicecenter: Telefon: 0621 5902-745, Fax: 0621 5902-746, E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de

privatanzeigen@rheinpfalz.de
geschaeftsanzeigen@rheinpfalz.de

Chefredakteur: Michael Garthe

Redaktion: Telefon: 0621 5902-01,

E-Mail: redaktion@rheinpfalz.de

Stellv. Chefredakteur und Leiter der Lokalredaktionen:

Andreas Bahner, Chef vom Dienst: Peter Leister; Politik und Zeitgeschehen: Hans-Jürgen Reinhard (verantwortl.); Dr. Ralf Joas (Stellv.); Wirtschaft:

Jürgen Eustachi (verantwortl.); Olaf Lismann (Stellv.); Kultur und Gesellschaft: Dr. Frank Pommer; Sport:

Horst Konzok (verantwortl.); Oliver Wehner (Stellv.); Südwestdeutsche Zeitung: Rolf Schlicher (verantwortl.);

Jürgen Müller (Stellv.); Berliner Redaktion: Hartmut Rodenwoldt (verantwortl.); Winfried Folz; Mainzer Redaktion: Arno Becker (verantwortl.); Karin Dauscher. Bei un-

verlangt eingesandten Manuskripten keine Gewähr für Rücksendung. Sämtliche Beiträge in der RHEINPFALZ oder in RHEINPFALZ Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an RHEINPFALZ-Beiträgen (für Pressepiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstr. 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de

Anzeigen: Reinhard Schäfer

Anzeigen nach Preisliste 69 vom 1. Januar 2016. Monatlicher Bezugspreis bei Trägerzustellung 32,95 €

im Postbezug 36,95 €. Digital-Abonnement 32,95 €

PREMIUM-Abonnement 35,60 € bei Trägerzustellung

39,60 € im Postbezug. Alle Preise einschließlich der RHEINPFALZ oder in RHEINPFALZ Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an RHEINPFALZ-Beiträgen (für Pressepiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstr. 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de

Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Leistung. Schadensersatz oder Minderung des Bezugspreises. Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher beim Verlag vorliegen. Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen. Unsere Donnerstag-Ausgabe enthält ständig das Freizeitmagazin LEO.

RHEINPFALZ online - die Adresse im Internet: www.rheinpfalz.de

www.rheinpfalz.de